

# DER MALER

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M., u. Anzah. 4 M. vierteljähr. Schriftl. u. Geschäftsk. : Hamb. 36, Alster-Terrasse 10. Spyr. : Lorbsee 8246. Postsch. : Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11586  
46. Jahrgang Hamburg, 26. März 1932 Nummer 13

## Die Vernunft hat gesiegt

Der 13. März hat zwar noch keine endgültige Entscheidung in der Wahl des Reichspräsidenten gebracht, so daß ein weiterer Wahlgang notwendig ist, doch steht die Wiederwahl Hindenburgs fest. Nur reichlich 170 000 Stimmen fehlten Hindenburg am 13. März an der absoluten Mehrheit. Von den insgesamt abgegebenen 37 658 036 gültigen Stimmen erhielten nämlich Duesterberg 2 558 938, Hindenburg 18 654 690, Hitler 11 341 360, Thälmann 4 982 939, Winter 111 486, und ungültig waren 8622 Stimmen. Die Nationalsozialisten, die sich seit Monaten als die Sieger fühlten und schon in der bei ihnen gewohnten Großspürigkeit ankündigten, daß sie am 14. März die Macht übernehmen würden — im „Angriff“ vom 12. März 1932 stand z. B.: „Heute noch habt ihr die Macht — morgen werden wir eure Richter sein!“ — und Brüning gezwungen sein werde, Hitler seine Demission zu überreichen, haben einen Dämpfer bekommen. Hitlers Sieg ist in weite Ferne gerückt. Er hat insgesamt nur 30% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen können, während die Nationalsozialisten bei Länderwahlen schon 35 bis 37% aller Stimmen erhielten. Die aufgeklärte deutsche Arbeiterschaft, zusammengeschlossen in der Eisernen Front, hat Hitler einen dicken Streich durch seine Rechnung gemacht. Er hat zwar wenig mit der Spaltung und Disziplin der organisierten Arbeiter gerechnet, die erkennen, um was es sich handelt und mit jäher Verbissenheit für ihre Sache streiten.

Als die Gewerkschaften zur Wahl des bisherigen Reichspräsidenten aufriefen, waren sie sich bewußt, damit von vielen ihrer Mitglieder ein Opfer zu verlangen, aber es mußte sein, um das drohende Uebel, die nationalsozialistische Diktatur in Deutschland, abzuwehren. Mit Genugtuung darf vermerkt werden, daß die Mitglieder wohl restlos die Notwendigkeit der Stimmenabgabe für Hindenburg erkannten und entsprechend gehandelt haben.

Ist auch manches an dem jetzt im Reiche gesteuerten politischen Kurs auszufehen, soviel steht doch fest, die Verhältnisse würden für die Arbeiterschaft noch viel unerträglicher, wenn ein Mann wie Hitler, der bisher lediglich bewiesen hat, daß er imstande ist, manches nach berühmtem Muster nachzuahmen, an der Spitze des Reiches stünde. Die Art seines bisherigen Auftretens, die vielen Drohungen, teils an das Ausland gerichtet, hätten uns leicht in die allerschwierigste Situation gebracht und unter Umständen sogar ein neues Völkermorden heraufbeschworen. Die strupellose Schiebung, Hitler noch schnell vor der Wahl zum Reichsdeutschen zu machen, indem man ihn zum braunschweigischen Regierungsrat ernannte, hat also nicht zum Ziele geführt. Alle Großsprecherien von der Machtübernahme am 14. März, dem Fortjagen Brüning's und alle Drohungen mit „Macht der langen Messer“ und ähnlichem haben also nichts gefruchtet. Das System, das die Nationalsozialisten stürzen wollten, hat sich behauptet. Es steht fest und unerschütterlich. Republik und Demokratie sind, wenn sich die Arbeiterschaft auch im zweiten Wahlgang nicht dämpfen läßt, gesichert. Es darf aber nicht übersehen werden, daß die Zahl der für Hitler abgegebenen Stimmen seit den Septemberwahlen 1930 noch erheblich gestiegen ist, so daß alle Veranlassung besteht, weiterhin auf dem Posten zu sein und besonders in den Hochburgen der Nazis, vor allem auf dem Lande, für Aufklärung zu sorgen und der Bevölkerung den wahren Charakter der nationalsozialistischen Bewegung vor Augen zu führen.

Auch die Kommunisten werden mit dem Ausgang der Wahl mit Recht wenig zufrieden sein. Die Zahl der kommunistischen Stimmen hat sich seit der letzten Reichstagswahl am 14. September 1930 nur um 400 000 erhöht, trotz der seitdem ungeheuer verstärkten Arbeitslosigkeit, der zunehmenden Verelendung breiter Schichten der Bevölkerung und der von der Regierung Brüning erlassenen Notverordnungen. Die Zunahme der Stimmen entspricht der stärkeren diesmaligen Wahlbeteiligung. In Berlin, Hamburg, Frankfurt a. d. Oder und vielen anderen Orten, in den Wahlkreisen Merseburg und Düsseldorf haben die Kommu-

nisten sogar einen teils erheblichen Stimmenverlust erlitten. Auch sie haben diesmal erfahren, daß mit hysterischem Geschrei und Herunterreißen des Gegners allein der Sieg noch nicht verbürgt ist. Ein Teil, auch der zu den Kommunisten neigenden Arbeiter, hat erkannt, daß die Hauptgefahr die National-

### Aufklärung tut not

Mit großem Eifer und unter erheblichen finanziellen Opfern ist seit Bestehen des Verbandes von den Funktionären und allen Mitglieder Aufklärungs- und Bildungsarbeit geleistet worden. Dafür zeugt schon die im Laufe der Jahre herausgegebene reichhaltige Literatur, und sind unsere Verbandsorgane Beweis. Hinzu kommen unendlich viele Versammlungen, Sitzungen und Konferenzen mit aufklärenden Vorträgen über die verschiedensten Gebiete. Die heutige schnelle und sich durch die Entwicklung der Technik, Chemie und Rationalisierung im häuslichen Tempo verändernde Wirtschaft, die auch politische Umwälzungen in früher nie gekanntem Ausmaße zum Gefolge hat, erfordert aber

#### verstärkte Aktivität

auch in der Aufklärungsarbeit. Als Berufsorganisation kommt für uns neben der Stellungnahme zu den gewerkschaftlichen, sozialpolitischen, arbeitsrechtlichen und wirtschaftlichen Fragen noch jene zu den gewerblichen und sachlichen. Deshalb müssen sich

**nicht nur unsere Funktionäre, sondern die gesamten Mitglieder in den Dienst der Organisation stellen und die noch nicht geschulten und indifferenten Kollegen aufklären.**

**Schafft Klarheit im Wollen und Handeln!**

*Peter Schramm*

sozialisten sind, auf deren Bekämpfung alle Kräfte konzentriert werden müssen. Es wäre auch verwunderlich, wenn nicht auch sie erkannt hätten, was die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Sprachrohr der Großindustriellen in Berlin, am 10. März 1932 schrieb: „Die nützliche Funktion der Kandidatur Thälmanns besteht demnach darin, jede Möglichkeit der Wahl eines Präsidenten der Linken zu verhindern. Aber damit ist ihre Aufgabe noch nicht erschöpft: je mehr Stimmen für Thälmann abgegeben werden, um so größer wird die Zahl der Hindenburg-Gegner sein, um so größer daher die Aussicht, daß der erste Wahlgang ergebnislos verläuft, um so größer daher auch die Wahrscheinlichkeit, daß tatsächlich für den zweiten Wahlgang die Entscheidung bei Hugenberg oder Hitler liegt. Die Kommunisten spielen also in jedem Fall das Spiel ihrer Gegner — genau wie 1925.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Duesterberg hat die erwarteten 2½ Millionen Stimmen bekommen. Es hat sich also richtig erwiesen, was von uns vor der Wahl behauptet wurde, nämlich, daß es sich bei ihm lediglich um eine Zählkandidatur handelte.

Die weitere Abstimmung soll nun am 10. April erfolgen. Von Hitler ist schon zu neuem Sturm aufgerufen worden. Er ist immer noch hoffnungsfreudig und glaubt, jetzt noch die fehlenden Millionen Stimmen für sich mobilisieren zu können.

Ich fordere auf, augenblicklich den Kampf für die zweite Wahl zu eröffnen. Kein Tag darf verlorengehen. Wenn die Wähler der gesamten nationalen Front sich auf

das Gebot der Stunde besinnen, muß es möglich werden, die wenigen Millionen fehlender Volksgenossen aus der wider natürlichen Front der Wähler herauszubringen und un- auszuführen. Der erste Wahlkampf ist beendet, der zweite hat mit dem heutigen Tage begonnen, ich werde auch ihn mit meiner Person führen“, so heißt es in dem vom großen Adolf nach dem 13. März herausgegebenen Aufruf. Die Eisernen Front wird dafür sorgen, daß seine Hoffnungen zunichte werden und auch der schlaue Hugenberg, der auf anderem Wege zum Ziele zu kommen versuchte, damit keinen Erfolg hat.

Es gilt jetzt für den zweiten Wahlgang zu rüsten, um durch die Abstimmung am 10. April die Niederlage der Nationalsozialisten, aber auch der diese begünstigenden Kommunisten noch offensivender werden zu lassen. Stärkt die Sammerschaften der Gewerkschaften! Ist die Lösung. Auch unsere Kollegen müssen diesem Ruhestills Folge leisten und sich in die die Republik schützende Front einreihen. — Der Reichspräsidentenwahl folgt schon in vierzehn Tagen, also am 24. April, die Wahl in den größten deutschen Ländern, Preußen, Bayern und Württemberg. Auch dafür heißt es, sich vorbereiten. Die Parole der Eisernen Front: Wir greifen an! hat die Massen wachgerüttelt. Jetzt heißt es, dafür zu sorgen, daß durch die Abgabe ihrer Stimme die Nationalsozialisten nicht wieder schlagen.

Daneben muß die Gesundung der politischen Verhältnisse gefördert werden durch eine neue Wirtschaftspolitik der Regierung, die den Millionen Arbeitslosen endlich wieder die Hoffnung auf lohnende Beschäftigung gibt.

### Arbeitsbeschaffung durch Planwirtschaft

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit ist an dem Punkte angelangt, wo sie zu einer unmittelbaren Gefahr für den Weiterbestand der kapitalistischen Wirtschaft zu werden droht. Infolge der in den Kreisen der Arbeitslosen herrschenden Not besteht hier vielfach eine so verzweifelte Stimmung, daß es keines besonders starken Anstoßes mehr bedarf, um eine gewalttätige Entladung der vorhandenen Spannung auszulösen. Wenn die rechts- und linksradikale Propaganda eine solche Explosion der Unzufriedenheit noch nicht herbeiführte, so lediglich deshalb, weil der Einfluß der Gewerkschaften noch hinreichte, die Arbeiter von sinnlosen Handlungen und Gewalttätigkeiten zurückzuhalten. Soll aber dieser Einfluß weiter bestehen bleiben, so ist es höchste Zeit, daß die wirtschaftlichen Forderungen der Gewerkschaften Berücksichtigung finden und mit größter Beschleunigung Maßnahmen zur Verminderung und Beseitigung der Arbeitslosigkeit getroffen werden.

Für die Gewerkschaften besteht grundsätzlich keine Veranlassung, sich für den Bestand der kapitalistischen Wirtschaft einzusetzen, die in kurzfristiger Verblendung von ihren eigenen Anhängern untergraben und dem Zusammenbruch entgegengeführt wird, indem sie alle Reformen brüsk ablehnen. Dieser Zusammenbruch kann aber den Arbeitern nichts nützen, da er das allgemeine Elend nur verschlimmern und ein Chaos schaffen würde, das den Wiederaufbau außerordentlich erschweren müßte. Dennoch sind wir sowohl psychologisch wie materiell von diesem Zusammenbruch nicht mehr allzuweit entfernt. Nach den Ausweisen der Arbeitsämter haben wir gegenwärtig in Deutschland nahezu 7 Millionen Arbeitslose. Das ist fast ein Drittel der in Industrie, Handel und Verkehr beschäftigten Arbeitnehmerschaft. Ähnlich in den übrigen kapitalistischen Ländern. Insgesamt wird die Zahl der Arbeitslosen auf dem internationalen Arbeitsmarkt auf rund 20 bis 25 Millionen geschätzt. Eine ungeheure Zahl, aus der die Desorganisation der kapitalistischen Wirtschaft mit brutaler Deutlichkeit hervorgeht.

Damit ist die Arbeitslosigkeit zu einem der wichtigsten Probleme geworden, dessen Lösung mit allen dazu geeigneten Mitteln herbeigeführt werden muß. In Vorschlägen dazu fehlt es nicht, da man im wesentlichen über die Ursachen der Arbeitslosigkeit unterrichtet ist. Sie ist in der Hauptsache in der Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft begründet, die zwar schon von Anfang der kapitalistischen Entwicklung bestand, durch die Auswirkungen des Weltkrieges wie des Friedensdiktats von Versailles aber in katastrophaler Weise verschlimmert wurde. Schon vor dem Kriege hatte man in den kapitalistischen Kreisen die mit dieser Planlosigkeit verbundenen Gefahren erkannt und ihre Beseitigung versucht, indem man die Produktion in steigendem Maße unter die Herrschaft von Konzernen, Trusts und Kartellen stellte. Die durch diese Maßnahmen herbeigeführte Monopoli-





